

Der Minister und sein Schwager

Neue Gerüchte um Volker Bouffier: Wollte er einen Verwandten zum Verfassungsschutz-Chef machen?

Der Untersuchungsausschuss zur Polizeichef-Affäre hat das Wiesbadener Innenministerium offenbar in eine Art Schockstarre versetzt: Wichtige Führungspositionen sind bei den hessischen Sicherheitsbehörden seit Wochen vakant – und keiner kann sagen, wann sie neu besetzt werden. Die Sache hat allerdings auch etwas Gutes: Überlegungen, einen Verwandten von Innenminister Bouffier mit einem Spitzenjob zu bedenken, haben sich ganz schnell erledigt.

Von Thomas Ruhmüller

Wiesbaden. Die Sicherheitslage in Hessen ist derzeit, glaubt man den Worten unseres Innenministers, dräuend düster: Die Gefahr durch islamistische Extremisten bleibe bedrohlich, sagte er unlängst, die Gefahr eines Anschlags sei hoch, die linksautonome Szene zeige sich immer gewaltbereiter, Angriffe autonomer auf vermeintliche Rechte seien stark angestiegen, Neonazis würden zunehmend gewalttätig...

So präsentierte, es ist knapp drei Wochen her, Volker Bouffier seinen Verfassungsschutzbericht 2009, und wer darob in Sorge geriet, der muss sich jetzt erst recht Gedanken machen: Denn bei der Gelegenheit verabschiedete der Minister auch Hessens obersten Verfassungsschutzchef Alexander Eisvogel wurde zum Vizepräsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz ernannt, arbeitet neuerdings in Köln. Angesichts der dargestellten Bedrohungslage ist nachvollziehbar, dass Bouffier auf schnelle Neubesetzung des Spitzen-Jobs drängte: Binnen vier Wochen, verkündete er, werde über die Nachfolge entschieden.

Das ist jetzt, wie gesagt, gut drei Wochen her, und noch immer ist kein Kandidat in Sicht. Nur ein Name kursiert beharrlich auf den Flu-



Die Personalpolitik von Innenminister Bouffier ist ins Gerede geraten. Wollte der Minister sogar seinen Schwager Hans-Peter Stiller (kleines Foto oben) zum Verfassungsschutz-Präsidenten machen? Bereits Karriere gemacht hat Hans Langecker (kleines Foto unten). Der Partei- und Familienfreund Bouffiers ist seit kurzem Chef der hessischen Bereitschaftspolizei. Die Umstände der Beförderung prüft gerade ein Untersuchungsausschuss. Fotos: dpa/LKA



ren des Wiesbadener Innenministeriums, und der ist nach Überzeugung von Sicherheitsexperten weitaus explosiver als die umstrittene Besetzung des Präsidentenamts bei der Bereitschaftspolizei, die immerhin den aktuellen Untersuchungsausschuss „Polizei-affäre“ auslöste.

Als neuer oberster Verfassungsschutz-Chef Hessens wird Hans-Peter Stiller gehandelt. Der Mann ist derzeit Leitender Kriminaldirektor beim Landeskriminalamt, er führt den Staatsschutz bei der Polizei, gilt als anerkannter Experte in Fragen von Terrorismus und Extremismus. Ein echter Experte, ohne Zweifel.

Was kaum einer in der Polizei und in den verantwortlichen politischen Gremien weiß: Der Mann ist verwandt mit Innenminister Volker Bouffier. Er ist sein Schwager.

Das Amt des Präsidenten des Verfassungsschutzes gilt als politisches Amt, es muss nicht per Ausschreibung ein Kandidat gesucht werden; hier reicht der Innenminister einen Vorschlag an das Kabinett, das ihn absegnen muss und in der Regel auch tut. Also eigentlich ein unkomplizierter Entscheidungsweg.

Doch ein Problem tut sich auf, es könnte Stillers letzte Beförderung torpedieren: Hessens Innenmin-

ister steht derzeit wegen seiner Personalpolitik massiv in der Kritik. Von Klügelwirtschaft ist die Rede, von Parteienfilz, seit herauskam, dass Bouffier Parteifreunde in Top-Positionen der Polizei gehievt hat.

So wurde Hermann Josef Klüber, Jurist aus Thüringen und „zufällig“ Mandant der Bouffier-Kanzlei in Gießen, zum Vizepräsidenten der hessischen Polizei ernannt – übrigens ohne Ausschreibung. Für den Posten des Präsidenten der Bereitschaftspolizei wollte der Minister von Anfang an Hans Langecker, einen engen Parteifreund aus Gießen. Zwar gab's in diesem Fall eine

Ausschreibung und ein Auswahlverfahren. Doch die Art und Weise, wie Langecker dann am Ende zu seiner Ernennungsurkunde kam, war äußerst dubios, wurde von einem Gericht bereits als „grob rechtswidrig“ eingestuft. Die Umstände dieser Beförderung sind heute Gegenstand des politisch äußerst brisanten Untersuchungsausschusses „Polizei-affäre“ (siehe weiteren Bericht unten).

Ein bisschen viel Parteifreunde an der Polizeispitze –

und jetzt auch noch Familienangehörige? Bouffier-Sprecher Michael Bußer gab sich gestern äußerst wortkarg: „Darüber reden wir überhaupt nicht“, war sein erster Kommentar zu Hinweisen auf eine geplante Stiller-Beförderung. Später, nach Rücksprache mit dem Minister, redete er Klartext: „Stiller wird es nicht. Seine Beförderung können Sie ausschließen, definitiv.“ Ob er denn sagen könne, wann der Verfassungsschutz einen neuen Chef bekomme? Bußers karge Antwort: „Zeitnah.“ Gibt's schon Kandidaten? „Seien Sie sicher: Der Minister nimmt immer nur geeignete Kandidaten.“

Letzteres lässt hoffen. Denn nicht nur der Chefessel des obersten Verfassungsschützers ist verwaist. Frankfurt, größte Stadt Hessens und gemeinhin als „Verbrechenshauptstadt Deutschlands“ verunglimpft, wartet seit Wochen auf einen neuen Vizepräsidenten im Polizeipräsidium. Mittelhessen ebenso.

Zwei Spitzenjobs vakant – kann sich Hessens Polizei solche Zustände in diesen bedrohlichen Zeiten erlauben? Michael Bußer konnte zu den Leerstellen in den Polizeipräsidien nichts sagen. Nur soviel: Im Innenministerium werde geprüft, ob eine Ausschreibung für die Stellen notwendig ist oder nicht.

Mit anderen Worten: Um solche zentralen rechtlichen Fragen bei hochrangigen Stellenbesetzungen hat man sich in Hessens Polizeiführung in der Vergangenheit nicht sonderlich gekümmert. Die Arbeit des Untersuchungsausschusses zeigt erste Wirkung...

15-Jähriger ausgeraubt

Wiesbaden. Mit einem Messer hat eine Jugendbande in Wiesbaden einen 15-Jährigen bedroht und dessen Handy gestohlen. Danach flüchteten die fünf Täter. Der Junge war mit zwei 15 und 17 Jahre alten Freunden in der Nähe des Hauptbahnhofs unterwegs, als ihn die Täter ansprachen. Weil das Opfer das Handy nicht sofort rausrückte, zückte einer das Messer. Die Täter verschwanden in einem Bus. lbe

Haftstrafe für Missbrauch

Fulda. Wegen jahrelangen Missbrauchs seiner Tochter hat das Landgericht Fulda einen 47 Jahre alten Türken zu siebeneinhalb Jahren Haft verurteilt. Das Gericht befand den Mann schuldig, seine Tochter 41 Mal sexuell missbraucht und dreimal vergewaltigt zu haben. Bei der ersten Tat war das Mädchen 14 Jahre alt. lbe

Kaltes Ende eines Vatertagsausflugs

Kassel. Im elf Grad kalten Wasser der Werra bei Bad Sooden-Allendorf an der Grenze zu Thüringen endete der Himmelfahrts-Ausflug für zwölf Kanuten. Drei Männer kamen unterkühlt in ein Krankenhaus. Drei Boote waren laut Polizei wegen Fahrfehlern und der starken Strömung gekentert. lbe

Mittwochslootto

1, 20, 24, 26, 27, 40
Zusatzzahl: 18
Superzahl: 4
Spiel 77: 4834417
Super 6: 412200
(ohne Gewähr)

Der Untersuchungsausschuss hat noch Fragen



Auskunftsfreudig: Wolfram Ritter

Der gescheiterte Polizeichef-Bewerber Wolfram Ritter machte es mit seiner Aussage am Mittwoch für den Innenminister nicht einfacher.

Wiesbaden. Ein wichtiger Zeuge hatte im hessischen Untersuchungsausschuss zur Polizeichef-Affäre seinen Auftritt. Der 57-jährige Wolfram Ritter war der unterlegene Bewerber in dem umstrittenen Auswahlverfahren für den Präsidentenposten der hessischen Bereitschaftspolizei. Der Untersuchungsausschuss soll klären, ob bei der Stellenbesetzung alles mit rechten Dingen zugeht.

Innenminister Volker Bouffier (CDU) habe ihm schon früh in einem Gespräch gesagt, dass ihm seine Bewerbung nicht gefalle, sagte Ritter aus. Damals sei die Stelle noch gar nicht ausgeschrieben gewesen. In dem Verfahren habe er von Anfang an Rechtsfehler gesehen.

Ritter hatte nach der Entscheidung für seinen Konkurrenten im Dezember 2008 vor dem Verwaltungsgerichtshof einen Beschluss erstritten. Der unterlegene Bewerber, die Stelle vor Abschluss eines zweiten Verfahrens zu besetzen. Dieser zweite Anlauf steht nun im Mittelpunkt der Ausschussarbeit.

Nach Ansicht der Opposition gab es dieses zweite Verfahren nicht. Sie wirft Bouffier Rechtsbruch vor, was die Regierungseite zurückweist. Ritter bestritt die bisherige Darstellung der Landesregierung über das weitere Verfahren im Frühjahr 2009.

Er habe nie einen Verzicht auf die Stelle erklärt oder signalisiert, betonte Ritter. Bouffier hatte dagegen bislang auf ein Gespräch von Innenstaatssekretär Boris Rhein (CDU) mit Ritter im Mai 2009 verwiesen. Darin sei Ritter bedeutet worden, dass er den Präsidentenposten der Bereitschaftspolizei nicht bekomme. Dies war der

Landesregierung als Absage an Ritter gewertet worden. Diese Darstellung sei falsch, so Ritter. Den Ausgang eines korrekten Verfahrens zugunsten eines anderen hätte er akzeptiert.

Damit rückt immer mehr die Rolle von Innenstaatssekretär Rhein in den Fokus des Ausschusses. Rhein hatte im Frühjahr 2009 zwei Gespräche mit Ritter geführt. Beide seien ohne Ergebnis geblieben. SPD, Grüne und Linke sehen Bouffier und Rhein durch einen „kaltblütigen Rechtsbruch“ schwer belastet. Beide Politiker sollen noch vor dem Ausschuss aussagen, der Termin dazu ist offen. lbe

Familiendrama fordert zwei Opfer

Gelnhausen. Einem Familiendrama in Gelnhausen ist nun auch der mutmaßliche Täter zum Opfer gefallen. Der 72-jährige Mann starb an Verletzungen, die er sich selbst zugefügt hatte, berichtete die Polizei. Die Ermittler gehen davon aus, dass der Mann zunächst seine 75-jährige Schwester erschlug, dann sich selbst verletzte und schließlich das Haus anzündete. Die Ermittlungen dauern an. Eine Obduktion am Mittwoch ergab, dass die Frau an Kopfverletzungen gestorben war. Der Mann starb einen Tag später im Krankenhaus. ddp

Rente mit 67 gilt bald auch für Beamte

Wiesbaden. Der Ruhestand erst mit 67 soll nun auch für Hessens Beamte die Regel werden. Die CDU/FDP-Koalition präsentierte einen Gesetzentwurf, über den der Landtag nächste Woche beraten soll. Demnach steigt das Pensionsalter schrittweise von 65 auf 67 Jahre an – so, wie es für alle gesetzlich versicherten Rentner schon beschlossen ist. „Diese Neuerungen waren für uns eine Frage der Gerechtigkeit, da die entsprechenden Änderungen im Rentenrecht schon vor geraumer Zeit erfolgten“, erklärte der FDP-Abgeordnete Frank Blechschmidt. lbe

Solarsatzung in Marburg gescheitert

Gießen. Das Verwaltungsgericht Gießen hat die Klage der Stadt Marburg gegen die Beanstandung ihrer Solarsatzung abgewiesen. So sei es unverhältnismäßig, anlässlich von Reparaturarbeiten die Solarsatzung einzuführen oder diese auf Gebäude von weniger als 50 Quadratmetern Nutzfläche anzuwenden. Laut der umstrittenen Satzung müssen sich die Marburger Bürger thermische Solaranlagen anschaffen, sobald sie ein neues Haus bauen, die Heizungsanlage austauschen, ein Gebäude erweitern oder das Dach sanieren. lbe

„Lernstandserhebung“ quält Drittklässler

Frankfurt. Nach der GEW („In Umfang und Inhalt völlig unbrauchbar“) hat auch die Lehrerorganisation VBE die neuen Lernstandserhebungen für Drittklässler in Hessen kritisiert. Die Prüfungen dauerten zu lange, zudem würden etwa in Mathematik schwerpunktmäßig Themen abgefragt, mit denen sich die meisten Drittklässler bis dahin noch nicht beschäftigt hätten, monierte der Verband Bildung und Erziehung (VBE). Nicht nachzuvollziehen seien auch Vorschriften zur Korrektur und Punktevergabe. lbe

Hochschulen beugen sich der Politik

Nachverhandlungen ergebnislos verlaufen – Neuer Pakt jetzt am Dienstag?

Im Streit um die Neufassung des hessischen Hochschulgesetzes haben Wissenschaftsministerin und Finanzminister Härte demonstriert. Damit sind die Fronten klar, aber das Thema noch lange nicht vom Tisch.

Wiesbaden. Im Streit um Entwürfen setzt die Landesregierung den hessischen Hochschulpräsidenten weiter die Pistole auf die Brust. Das Wissenschaftsministerium und Finanzministerium erklärten, den Präsidenten sei noch einmal Gelegenheit gegeben worden, mit ihren Gremien zu sprechen. Mit einwöchiger Verspätung soll der neue Hochschulvertrag am kommenden

Dienstag unterzeichnet werden. Übereinstimmend berichteten die Präsidenten vom großen Druck, den Wissenschaftsministerin Eva Kühne-Hörmann und Finanzminister Karlheinz Weimar (beide CDU) bei einem Treffen am Dienstag ausgeübt hätten. Der Pakt soll den zwölf hessischen Universitäten und Hochschulen bis 2015 eine verlässliche Finanzierung geben, er beginnt 2011 aber mit Einsparungen von 30 Millionen Euro. Die Opposition forderte, das Land müsse mehr für Bildung ausgeben. Am Dienstag hatten rund 10000 Studenten gegen die Kürzungen demonstriert. Kühne-Hörmann und Weimar erläuterten den Präsi-

den, welches Risiko die Hochschulen ohne den Pakt eingehen. Ihr Budget müsse jedes Jahr neu ausgehandelt werden, sie könnten auch unter Haushaltssperren fallen. „Seien Sie sicher, dass Sie dann nicht zu den Gewinnern gehören werden“, soll Weimar auf die Frage nach den Folgen einer verweigerten Unterschrift geantwortet haben. Das Wissenschaftsministerium erklärte, das Treffen sei „in sachlicher und konstruktiver Atmosphäre verlaufen“.

„Pakt wird uns diktiert“

Ihre Lage im Abwehrkampf gegen die Kürzungen deuteten die Hochschulpräsidenten am Mittwoch unterschiedlich. „Die vor-

gesehenen Einsparungen werden den qualitativen Ausbau der Hochschule nachhaltig behindern“, warnte der Präsident der Goethe-Universität Frankfurt, Prof. Werner Müller-Esterl. Mit 9,7 Millionen Euro müsse die größte Hochschule des Landes den höchsten Einzelbetrag der fünf Unis sparen.

Er werde dem Uni-Senat am kommenden Montag in einer Sondersitzung berichten. Dabei werde es auch um die Frage gehen, ob der Pakt am 18. Mai unterschrieben werde, sagte Müller-Esterl. Die Sitzung mit den Ministern habe aber die Unsicherheit deutlich gemacht für die Hochschulen, die den Pakt nicht unterschreiben. lbe

Nach dem Treffen lieferte das Ministerium den Hochschulen die Berechnungsbasis für den neuen Finanzplan. „Wir haben diese Modellrechnungen seit sechs Monaten gefordert und bekommen sie jetzt in allerletzter Minute“, sagte der Präsident der Hochschule Rhein-Main in Wiesbaden, Detlev Reyman. Er kritisierte, dass die Situation für ihn und seine Kollegen ausweglos sei. „Man hat uns klar gesagt: Der Paktentwurf ist nicht verhandelbar. Er wird uns diktiert.“

Ähnlich äußerte sich auch der Chef der FH Frankfurt, Detlev Buchholz. Er begrüßte ebenfalls, dass das Land jetzt erstmals die Zahlgrundlagen für die Sparpläne vorgelegt habe. lbe

Die große Sparda
Eigenheim Offensive
BAUEN · KAUFEN · RENOVIEREN

**Hessen!
Holt euch den
TraumBauzins!**

Clever-Banking mit der Sparda-Bank.
Und wann bauen Sie auf uns?
www.sparda-hessen.de

Sparda-Bank

Sparda-Bank Hessen eG
 ■ Unsere Filialen in Ihrer Nähe: Bad Homburg · Darmstadt · Frankfurt
 Friedberg · Groß-Gerau · Gröndau · Hanau · Hofheim · Karben · Limburg
 Offenbach · Rüsselsheim · Wiesbaden
 ■ Weitere Informationen unter www.sparda-hessen.de/kredit-und-bauen.php
 und unter Fon 0 69 / 75 37-0.